Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 5. November 2009
Ausgabe 212

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› OB Ude begrüßt Verbleib der Unikliniken im Zentrum 3
› OB Ude beim Bundesverband der deutschen Wohnungswirtschaft: In den Städten wird sozialer Sprengstoff angehäuft 3
› Deutscher Städtetag unterstützt die Münchner Olympiabewerbung 5
› Baureferat macht Münchens Brunnen für den Winter fit 6
› Hinweise zu den Lohnsteuerkarten 2010 6
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 3 8
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 3. bis 4. November 9
› Frauen und Männer nehmen Anlauf für ihren Wiedereinstieg 9
› Projekt „mona lea“ der Münchner Volkhochschule 10
› „Bimovie 15” – Filme von Frauen und für Frauen 11
› Veranstaltungsreihe „Einblicke“ des Stadtarchivs München 12
› Kartenvorverkauf für Kathreintanz 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **13**
› Städtische Mitarbeiter als Wahlhelfer 13

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **16**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 6. November, 13 Uhr, Demenz-WG am Harthof, Lieberweg 36
Oberbürgermeister Christian Ude informiert als Aufsichtsratsvorsitzender der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG München gemeinsam mit den GWG-Geschäftsführern Dietmar Bock und Hans-Otto Kraus sowie Caritas-Geschäftsführer Norbert Huber über das Projekt „WGplus – Wohnen in Gemeinschaft plus Service" für Menschen mit Demenzerkrankung. Das Konzept der Wohngruppe am Lieberweg 36 sieht vor, dass neun an Demenz erkrankten Menschen als Alternative zur stationären Behandlung die Möglichkeit geboten wird, das Leben – integriert in ein ganz normales Umfeld – so selbstständig wie möglich zu führen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Montag, 9. November, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938.
Von **15 bis 17 Uhr** werden am Gedenkstein der ehemaligen Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße die Namen von 282 Münchner Juden verlesen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in den Suizid getrieben worden waren.

Dienstag, 10. November, 9.30 bis 13.30 Uhr,
Münchner Volkshochschule, Schwanthalerstraße 40
„mona lea", das berufliche Qualifizierungsprojekt für Migrantinnen an der Münchner Volkshochschule (MVHS), lädt zu einem Tag der offenen Tür ein. Teilnehmerinnen des Projekts geben Einblicke in die Qualifizierung in fünf Berufsfelder sowie in den Deutschunterricht. Auch die Kinderbetreuung informiert über ihr Programm. Angelika Simeth, Vertreterin des Sozialreferenten, und Professor Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, sprechen Grußworte.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 12. November, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt). Zu Beginn der Versammlung informieren Josef Schmid, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Stadtrat, und Alexander Miklosy, Bezirksausschussvorsitzender, über den Stadtbezirk.
Die Leitung der Versammlung übernimmt der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Stadtrat, Josef Schmid.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy.

Meldungen

OB Ude begrüßt Verbleib der Unikliniken im Zentrum
(5.11.2009) Oberbürgermeister Ude begrüßt die Entscheidung des bayerischen Forschungsministers Dr. Wolfgang Heubisch und der Führung des Klinikums der Universität, die Klinikeinrichtungen an ihrem angestammten Platz zu belassen und nicht nach Hadern zu verlegen. Diese Entscheidung deckt sich durchaus mit den städtischen Überlegungen.
Oberbürgermeister Ude hatte sich in diesem Sinne wiederholt an den Amtsvorgänger von Dr. Heubisch, Staatsminister Dr. Thomas Goppel, gewandt und dabei zum Ausdruck gebracht, dass dieser Bereich als universitäres Krankenhausviertel bewahrt werden sollte.

OB Ude beim Bundesverband der deutschen Wohnungswirtschaft: In den Städten wird sozialer Sprengstoff angehäuft
(5.11.2009) Auf dramatische Entwicklungen auf dem bundesdeutschen Wohnungsmarkt hat der Münchner Oberbürgermeister und Vizepräsident des Deutschen Städtetags Christian Ude auf der Jahrestagung des Bundesverbands der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen hingewiesen: „Im Zuge der wirtschaftlichen Spaltung werden die Reichen im-

mer reicher, die Armen aber nur zahlreicher; während aus diesem Grund der Bedarf an preiswertem Wohnraum rapide steigt, fallen unaufhaltsam immer mehr Sozialwohnungen aus der gesetzlichen Preisbindung. Diese Entwicklungen stellen die Kommunen vor sprunghaft steigende Aufgaben und Ausgaben bei der Sicherung preiswerten Wohnraums sowie in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf auch im Neubau." Um den hier vorhersehbaren sozialen Sprengstoff entschärfen zu können, sei eine finanzielle Stärkung der Kommunen erforderlich. „Es ist schlicht unverantwortlich, stattdessen die Gewerbesteuer, also die wichtigste Finanzquelle der Kommunen, zu demontieren oder sogar völlig in Frage zu stellen, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht."
Zu den „sozialen Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt" passe es „wie die Faust aufs Auge", dass sowohl in Bayern wie auch in Baden-Württemberg in Folge der Krise der Landesbanken deren Wohnungsbaugesellschaften privatisiert werden sollen. „Obwohl sich die Bevölkerung in deutschen Städten bei allen bisherigen Bürgerentscheiden ausnahmslos gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ausgesprochen hat, stehen die schlimmsten Privatisierungen auf dem Wohnungsmarkt erst noch bevor."
Der Schutz der Mieter müsse nach Udes Ansicht in diesen Fällen von den heutigen Eigentümern, also den Landesbanken, mietvertraglich sichergestellt werden und dürfe nicht einfach auf die betroffenen Kommunen abgewälzt werden mit der Aufforderung, die Tochtergesellschaften der Landesbanken aufzukaufen.
Mit Beispielsfällen von vermeidbaren Leerständen, unterlassenen Reparaturen und fehlenden Ansprechpartnern vor Ort belegte Ude, dass die bisherigen Erfahrungen mit Finanzinvestoren, die in großem Stil Wohnungsbestände aufgekauft haben, negativ gewesen seien. „Vor diesem Hintergrund ist es skandalös, wenn die FDP in diesen Tagen allen Ernstes fordere, die ‚Real Estate Investment Trusts' auf Wohnungsbestände auszudehnen, also auch noch steuerliche Anreize für die Altbauspekulation an der Börse zu bieten."
Ausdrücklich begrüßte Ude, dass der Koalitionsvertrag eine Fortführung der Programme „Soziale Stadt" sowie „Stadtumbau" in Ost und West in Aussicht stelle. Spannend bleibe allerdings die Frage, wie gut diese Programme in den kommenden Jahren finanziell ausgestattet würden.
An die Vorstände großer Unternehmen richtete er den Vorwurf, sie hätten Wohnungsbestände, die für eigene Mitarbeiter dringend benötigt werden, ohne Not wegen der angeblich zu geringen Rendite veräußert und dann den Verkaufserlös mit angeblich lukrativen Investitionen in Subprime-Papiere des amerikanischen Immobilienmarktes in den Sand gesetzt.

(teilweise voraus)

Deutscher Städtetag unterstützt die Münchner Olympiabewerbung

(5.11.2009) „Nachdrücklich“ unterstützt der Deutsche Städtetag die Münchner Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018. Das Präsidium des Städtetags hat dazu auf seiner Sitzung am 4. November in Berlin folgende Erklärung beschlossen:

„Der Deutsche Städtetag begrüßt und unterstützt die Bewerbung Münchens und seiner Partner um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018. Für Deutschland als eine der weltweit führenden Wintersportnationen ist es an der Zeit, 46 Jahre nach den Sommerspielen Winterspiele ausrichten zu dürfen. Die deutsche Bewerbung bietet die Chance, sich auch im eigenen Land der Herausforderung zu stellen und die vielen sportbegeisterten Bürgerinnen und Bürger teilhaben zu lassen. Dass die deutschen Städte es wohl verstehen, internationale Sportveranstaltungen professionell und reibungslos zu organisieren, haben sie zuletzt bei der FIFA-WM 2006 eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Der Deutsche Städtetag sieht im kompakten Münchner Bewerbungskonzept mit kurzen Wegen und der Vision von ökologisch ausgerichteten nachhaltigen Spielen eine große Chance, Deutschland wieder in den Focus des internationalen Sports und des medialen Interesses zu rücken. Die konstruktive Zusammenarbeit auf allen beteiligten Ebenen, den Ministerien des Bundes, dem Freistaat Bayern, den Kommunen und der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH, wird unterstützt durch den Beschluss des Deutschen Bundestages, der die Bewerbung und die angestrebte Ausrichtung der Spiele als nationale Aufgabe ansieht.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass ganz Deutschland und damit auch seine Städte die Münchner Bewerbung mittragen und zu ihrer Angelegenheit machen. Die Städte haben die Möglichkeit, bei Sportveranstaltungen, kulturellen Großereignissen, Festivals und Kongressen in ihren Städten auf die deutsche Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 hinzuweisen und zu werben. Darüber hinaus bilden die internationalen Kontakte der Städte, ihrer Wirtschaftsunternehmen sowie ihrer kulturellen, wissenschaftlichen und Forschungseinrichtungen ein engmaschiges Netzwerk, um für die Bewerbung einzutreten. Der Deutsche Städtetag unterstützt nachdrücklich die Bewerbung Münchens und seiner Partner um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018.“

Baureferat macht Münchens Brunnen für den Winter fit

(5.11.2009) Es ist wieder soweit: Die diesjährige Brunnensaison geht zu Ende. Das Baureferat bereitet bis Anfang Dezember die von ihm betreuten 185 städtischen Brunnen auf den Winter vor. Fast alle Brunnen – mit Ausnahme einiger Trinkwasserbrunnen wie beispielsweise die Brunnen am Viktualienmarkt oder der Fischbrunnen am Marienplatz – werden stillgelegt. Um Münchens Brunnen vor Frost und Eis zu schützen, werden die meisten mit insgesamt rund 4.400 Quadratmetern Holzabdeckung verschalt. Spätestens Mitte Mai können sich die Münchnerinnen und Münchner wieder an den Brunnen erfreuen.

Hinweise zu den Lohnsteuerkarten 2010

(5.11.2009) Das Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München hat die Lohnsteuerkarten für das Kalenderjahr 2010 allen in Frage kommenden Bürgerinnen und Bürgern zugestellt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lohn-, Gehalts- und Pensionsempfängerinnen/-empfänger), die noch keine Lohnsteuerkarte 2010 erhalten haben, werden gebeten, diese bei einem der Bürgerbüros zu beantragen. Dort können auch fehlerhaft ausgedruckte Lohnsteuerkarten 2010 berichtigt werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitsnehmer sollten daher im eigenen Interesse die Daten auf der Lohnsteuerkarte auf ihre Richtigkeit prüfen.
Auf den Ratgeber „Lohnsteuer 2010", der zusammen mit der Lohnsteuerkarte zugestellt wurde, wird besonders hingewiesen. Auch im Internet sind Informationen zur Ausstellung und Änderung von Lohnsteuerkarten enthalten: entweder unter *muenchen.de* mit dem Suchbegriff „Lohnsteuerkarte" oder direkt unter: *muenchen.de/Rathaus/kvr/buergbuero/lohnsteuer/38131/index.html*, E-Mail: lohnsteuerkarte.kvr@ muenchen.de.
Im Regelfall ist die persönliche Steuer-Identifikationsnummer von der Meldebehörde bereits auf der Lohnsteuerkarte 2010 eingedruckt. Sollte diese 11-stellige Nummer jedoch nicht vermerkt sein, bewirkt dies keinerlei steuerrechtliche Nachteile. Ein Antrag auf nachträgliche Eintragung bei der Meldebehörde ist daher nicht erforderlich.
Bei der Bescheinigung von Kindern ist auf der Lohnsteuerkarte nur die Zahl der Kinderfreibeträge eingetragen. Berücksichtigt werden die Kinder, die zu Beginn des Kalenderjahres 2010 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (d. h. die nach dem 1. Januar 1992 geboren sind).
Berufstätige Ehepaare können zwischen den Steuerklassen „vier/vier" oder „drei/fünf" frei wählen. Dabei ist zu beachten, dass bei der Kombination „vier/vier" regelmäßig eine Nachbesteuerung entfällt. Sofern die Arbeitslöhne der Ehegatten sehr unterschiedlich sind, werden bei dieser

Steuerklassenkombination in der Regel zu viel Steuern bezahlt. Sie werden auf Antrag in der Einkommensteuererklärung zurückerstattet.
Die Steuerklassenkombination „drei/fünf“ kann vorteilhaft sein, wenn ein Ehegatte mehr als 60 Prozent des gemeinsamen Einkommens verdient. Die/der Mehrverdienende sollte dann die Steuerklasse „drei“, die/der andere die Steuerklasse „fünf“ wählen.
Wird ein Steuerklassenwechsel gewünscht, so sind beide Lohnsteuerkarten 2010 bei einem der Bürgerbüros vorzulegen. Der Steuerklassenwechsel kann noch mit Wirkung zum 1. Januar 2010 erfolgen, wenn der Antrag bis zum 31. Dezember 2009 gestellt wird.
Nach dem 31. Dezember 2009 kann ein Steuerklassenwechsel für das Steuerjahr 2010 nur noch einmal beantragt werden. Der Wechsel ist dann mit Wirkung vom Beginn des auf die Antragstellung folgenden Monats vorzunehmen.
Anstelle der Steuerklassenkombination „vier/vier“ kann erstmals ab dem Kalenderjahr 2010 das Faktorverfahren gewählt werden. Zuständig für die Eintragung sind die Finanzämter.
Nähere Informationen enthält der Ratgeber „Lohnsteuer 2010“.

Persönliche Vorsprache ist möglich bei allen Bürgerbüros:

Bürgerbüros:	Anschrift:	Haltestelle:	Telefon:	Sprechzeiten:
Zentrale	Ruppertstr. 19 80466 München	Poccistr. (U3/U6)	233 96000	Mo 08.00 - 12.00 Di 08.00 - 12.00 14.00 - 18.30 Mi 08.00 - 12.00 Do 08.00 - 12.00 Fr 07.00 - 12.00
Pasing	Landsberger Str. 486	Bahnhof Pasing (S 3, 4, 5, 6, 8, 20) Pasing Marienplatz (Tram 19)	233 96000	Mo 08.00 - 13.00 Di 08.00 - 13.00 14.00 - 18.30 Mi 08.00 - 13.00 Do 08.00 - 13.00 14.00 - 16.00 Fr 07.00 - 12.00
Forstenrieder Allee	Forstenrieder Allee 61a	Forstenrieder Allee (U3)	79078660	Mo 07.30 - 12.00 Di 09.30 - 12.00 14.00 - 18.30 Mi 07.30 - 12.00 Do 07.30 - 12.00 13.30 - 15.00 Fr 07.00 - 12.00
Leonrodstraße	Leonrodstr. 21	Rotkreuzpl. (U1)	13014180	
Orleansplatz	Orleansstr. 50	Ostbahnhof(S-Bahn, U5)	233 49409 49419 49426	
Riesenfeldstraße	Riesenfeldstr.75	Petuelring (U3)	35705917	

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 3

(5.11.2009) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 3 (Maxvorstadt) lädt Oberbürgermeister Christian Ude am Donnerstag, 19. November, 19 Uhr, in den Pfarrsaal St. Benno, Kreittmayrstraße 29, 80335 München, zu einer Bürgerversammlung des 3. Stadtbezirkes ein.

Zu Beginn der Versammlung informieren Bürgermeisterin Christine Strobl und Dr. Oskar Holl, Bezirksausschussvorsitzender, über den Stadtbezirk. Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Luxussanierung im Stadtbezirk
2. Neubauten im Bereich Augustenstraße
3. Neuplanung auf dem Grundstück des ehemaligen Städtischen Gesundheitsamtes
4. Tiefgarage Josephsplatz mit Umgestaltung der Oberfläche
5. Denkmalschutz für bestimmte Anwesen der Maxvorstadt
6. Gestaltung des Museumsviertels
7. Verkehrssituation im Museumsviertel und so genannte „Alternative V"
8. Prüfauftrag „Begegnungszone – Shared Space" im Bereich der Augustenstraße
9. Eröffnung des Alten- und Servicezentrums Maxvorstadt
10. Maxvorstadt als zeitgeschichtlicher Ort – NS Dokuzentrum

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte der Bezirksausschüsse 1, 2, 3, 4, 5 und 12, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Oskar Holl.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 3. bis 4. November
(5.11.2009) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Dienstag, 3. November:
Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 35.689,03 Euro
Mittwoch, 4. November:
Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 35.689,03 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 4
Bisherige Einsatztage: 3
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: ***143.792,12 Euro***

Frauen und Männer nehmen Anlauf für ihren Wiedereinstieg
(5.11.2009) Die erste offene Infoveranstaltung des neuen Förderprojekts „power_m – Rückenwind für Ihren Wiedereinstieg" stieß bei Münchner Müttern und Vätern auf ein reges Interesse. 35 Frauen und Männer informierten sich am 4. November 2009 in der Münchner Volkshochschule über die vielseitigen und kostenlosen Angebote. Das vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München koordinierte Projekt power_m unterstützt Mütter und Väter aus dem Großraum München, die nach mehrjähriger Berufspause wieder in den Job zurückkehren möchten. In der unverbindlichen und kostenfreien Veranstaltung stellten die power_m Kooperationspartner die verschiedenen Förderangebote vor. Von der Erstberatung, Einzelcoachings und Computerkursen bis hin zur Existenzgründung und Bewerbungstrainings bietet power-m zahlreiche Unterstützungsleisungen, die sich die Kundinnen und Kunden individuell zusammenstellen können.
Aufgrund der großen Nachfrage werden die einstündigen power_m Infoveranstaltungen weiter fortgesetzt. In der Regel finden sie vormittags zu Beginn eines Monats in einem der power_m Infopoints statt. Die Termine werden auf der Projektwebseite *www.power-m.net* bekannt gegeben.
Für flexible Telefonberatungen stehen die Mitarbeiterinnen des Infopoints Montag bis Donnerstag von 10 bis 16 Uhr unter den Rufnummern der Frauenakademie 72 01 66 89, (E-Mail: power m@frauenakademie.de) und

der Münchner Volkshochschule 4 52 25 88 95 (E-Mail: power-m@mvhs.de) zur Verfügung.
power_m wird durch Fördermittel des Referats für Arbeit und Wirtschaft und des Europäischen Sozialfonds finanziert. Dadurch sind alle angebotenen Leistungen kostenlos. Eine erste Kurzberatung gibt der power_m Infopoint. Mütter und Väter erreichen den power_m Infopoint Montag bis Donnerstag in der Zeit von 10 bis 16 Uhr unter den Nummern der Frauenakademie (72 01 66 89, E-Mail: power-m@frauenakademie.de) und der Münchner Volkshochschule (4 52 25 88 95, E-Mail: power-m@mvhs.de).
Die kostenlosen Angebote von power_m richten sich an Personen, die wegen Kindererziehung oder Pflege eines Angehörigen mindestens drei Jahre aus dem Berufsleben ausgeschieden sind. Weitere Informationen im Internet unter www.power-m.net

Projekt „mona lea" der Münchner Volkhochschule

(5.11.2009) Seit 2008 bietet „mona lea" an der Münchner Volkshochschule (MVHS) für Frauen mit Migrationshintergrund ein Netzwerk zur sprachlichen und beruflichen Qualifizierung und Eingliederung an. Mona lea steht für „Münchner Orientierungs- und Qualifizierungsnetz für Arbeitssuchende, Angebot für Migrantinnen – Leben und Arbeiten in München". Das erfolgreiche Projekt öffnet den Teilnehmerinnen eine Chance zur Weiterbildung und zum Erwerb anerkannter Sprach- und Berufszertifikate. „Die MVHS leistet mit diesem Projekt einen wertvollen Beitrag zur kommunalen Integrationspolitik und eröffnet den Teilnehmerinnen die Möglichkeit, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten", so Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS.
Die Maßnahme dauert jeweils zwölf Monate und beinhaltet ein achtwöchiges Berufspraktikum. In 33 Unterrichtsstunden pro Woche bilden sich die Migrantinnen im Bereich Bürokommunikation, Handel und Verkauf, Hauswirtschaftliche Dienstleistungen und Kinder- und Altenpflege weiter. Den erfolgreichen Teilnehmerinnen erschließt sich durch die Weiterbildung eine neue berufliche Perspektive. So macht sich u.a. eine Teilnehmerin aus Spanien als Immobilienmaklerin selbstständig, eine aus Kenia stammende Frau absolviert eine Ausbildung als Bürokauffrau und eine indische Absolventin begann eine Ausbildung als Kinderpflegerin.
Als „mona lea" im Februar 2009 an der Münchner Volkshochschule zum zweiten Mal startete, interessierten sich über 100 Frauen für das Projekt. Aufgenommen werden konnten 80 Migrantinnen, zwischen 20 bis 55 Jahren, aus 30 Nationen. Auch die Teilnehmerinnen des diesjährigen Projekts erhalten durch diese besondere Qualifizierung neue berufliche Chancen. So wird u.a. eine vietnamesische Architektin ihr sechswöchiges Praktikum

im Januar 2010 in einer Botschaft absolvieren und eine IT-Fachfrau aus Indonesien freut sich darauf ihre im Ausland erworbenen Kenntnisse im Praktikum in einer Flugzeugbaufirma einzubringen.
„Mona lea", das Qualifizierungsprojekt für Migrantinnen im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsverbundes MBQ, wird gefördert wird mona lea aus Mitteln des Sozialreferats der Landeshauptstadt München, Amt für Wohnen und Migration und des Europäischen Sozialfonds über das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Weitere Infos unter Telefon 54 84 76 20, siehe auch unter *www.mvhs.de/monalea*

„Bimovie 15" – Filme von Frauen und für Frauen
(5.11.2009) Zum 15. Mal kommt mit „Bimovie" ein gleichsam informatives, spannendes und genussvolles Kinoprogramm mit Filmen von Frauen und für Frauen zur Aufführung. Was 1991 als Experiment begann, qualitativ hochwertige, aber auch radikale Filme, die sich mit Geschlechterfragen auseinandersetzen sowie Filme von und für Frauen zu einer Filmreihe zusammenzufassen, entpuppte sich als durchschlagender Erfolg. Von Anfang an widmete sich „Bimovie" nicht nur dem Frauen- oder Lesbenfilm, sondern setzte auch stark auf Filme, die eben diese Identitäts- und Repräsentationspolitik in Frage stellen. „Bimovie" ist inzwischen ein fester Termin im Jahreskalender vieler filmliebender und frauenbewegter Münchnerinnen und Münchner.
„Bimovie" setzt auch in diesem Jahr wieder auf viele Erstaufführungen und unbekannte und besondere Filme. Für dieses Jahr haben sich die Veranstalterinnen wegen der Vielzahl hervorragender neuer Filme entschlossen zwölf statt wie zuvor neun Programme zu zeigen: Den Auftakt macht am Samstag, 7. November, um 19 Uhr „Fightgirl Ayse" von Natashy Arthy. „And then came Lola" ist der Titel der Münchner Erstaufführung von Ellen Seidler und Megan Siler am Samstag, um 21 Uhr. Zwischen den Vorführungen an diesem ersten Samstag gibt es Pizza und Wein. Desweiteren werden unter anderem Dokumentarfilme über Frauen der südafrikanischen Non-Profit Organisation „Bobbi Bear" in Durban, zur Situation von Frauen im Jemen („Love & Words" und „Training Rules") und Klassiker und Liebhaberstücke wie „Anna und Edith" gezeigt. Eine Besonderheit des diesjährigen Programms ist die Freitagnachtvorstellung (13. November, 23 Uhr) des neuen Langfilms von Maria Beatty „Bandgaged", von Abel Ferrara produziert. Die Filme werden jeweils in Originalfassung (deutsch, englich, französisch), zum Teil mit Untertiteln, gezeigt.
„Bimovie" läuft vom 7. bis 14. November im Maxim Kino, Landshuter Allee 33. Eintrittskarten (Einzelkarte 5,50 Euro, Sechser-Block 26 Euro,

Zwölfer-Block 48 Euro) sind an der Abendkasse erhältlich. Telefonische Kartenvorbestellungen sind (vom 7. bis 14. November) unter 16 87 21 möglich. Das ausführliche Programm ist unter *www.bimovie.de* abrufbar. Veranstaltet wird „Bimovie" von den „Geierwallis", einem offenen Zusammenschluss von Frauen, die selbst im Filmbereich tätig sind oder die sich für das Kino begeistern und dieses Festival ehrenamtlich und in ihrer Freizeit organisieren, und von Filmstadt München. e.V. mit der finanziellen Unterstützung des Kulturreferats der Landeshauptstadt München.

Veranstaltungsreihe „Einblicke" des Stadtarchivs München
(5.11.2009) Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Einblicke" des Stadtarchivs München erläutert Hans-Joachim Hecker am Dienstag, 10. November, unter dem Titel „Quellen zur Rechtsgeschichte Münchens" städtische Rechtstexte vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68. Der Eintritt ist frei.

Kartenvorverkauf für Kathreintanz
(5.11.2009) Am Samstag, 21. November, um 19 Uhr veranstaltet das Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Hofbräuhaus München wieder einen Münchner Kathreintanz. Karten für 10 Euro sind ab sofort in der Stadt-Information im Rathaus und im Hofbräuhaus (Am Platzl) erhältlich. Platzreservierungen können über E-Mail wernergri@web.de, Fax 0 32 12/1 03 31 16, vorgemerkt werden. Bei den kostenlosen vorbereitenden Tanzkursen am 12. und 19. November im Hofbräuhaus (Fortgeschrittenkurse ab 18.30 Uhr, Anfängerkurse ab 20 Uhr) sind noch Plätze frei (ohne Anmeldung). Nähere Informationen unter *www.muenchen.de/volkskultur.*

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 5. November 2009

Städtische Mitarbeiter als Wahlhelfer
Anfrage Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei) vom 20.8.2009

Antwort Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle:

Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage folgenden Inhalts:

„Bei öffentlichen Wahlen müssen die einzelnen Verwaltungen und Betriebe der Landeshauptstadt jeweils eine bestimmte Anzahl ihrer Mitarbeiter dem Wahlamt (Kreisverwaltungsreferat) als ehrenamtliche Wahlhelfer melden.
Ferner melden die politischen Parteien ehrenamtliche Wahlhelfer, des weiteren gibt es Mitbürger, die sich von sich aus dem Wahlamt zur Verfügung stellen. Hierbei handelt es sich sicherlich auch teilweise um städtische Mitarbeiter.
Insgesamt machen städtische Mitarbeiter nach aktuellen Medienberichten in München einen der höchsten Anteile an den Wahlhelfern aus, bei der Bundestagswahl voraussichtlich ca. 75%.
Alle vom Wahlamt berufenen ehrenamtlichen Wahlhelfer erhalten mit ihrer Berufung automatisch eine Anwesenheitsbestätigung zur Vorlage beim Arbeitgeber bzw. Dienstherrn. Die Anwesenheit ist am Wahlsonntag durch den jeweiligen Wahlvorsteher zu bestätigen.
Städtische Mitarbeiter erhalten nach Vorlage dieser Anwesenheitsbestätigung beim Arbeitgeber/Dienstherrn einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag (‚Wahltag').“

*Zu den im Einzelnen gestellten Fra*gen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Aufgrund welcher Rechtsgrundlage (Tarifvertrag, Satzung, Verwaltungsanordnung etc.) wird dieser „Wahltag" gewährt?

Antwort:
Der Beschluss des Personalausschusses in der gemeinsamen Sitzung mit dem Werkausschuss der Stadtwerke vom 06.02.1990 regelt, dass Wahl-

vorstandsmitglieder für die Tätigkeit am Wahltag einen Tag Dienstbefreiung erhalten.

Frage 2:
Erhalten alle städtischen Mitarbeiter, die als ehrenamtliche Wahlhelfer tätig waren, den „Wahltag" oder nur jene, die von den Verwaltungen/Betrieben der Landeshauptstadt gemeldet wurden, da nur sie ihrem Arbeitgeber beim Erfüllen der jeweiligen Quote geholfen haben?

Antwort:
Nach dem in Frage 1 genannten Beschluss erhalten nur Dienstkräfte der Stadtverwaltung, die im Bereich der Landeshauptstadt München als Wahlvorstandsmitglieder bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sowie bei Volks- und Bürgerentscheiden eingesetzt werden, einen Tag Dienstbefreiung.

Städtische Dienstkräfte, die bei anderen Gemeinde-/Stadtverwaltungen als Wahlhelfer eingesetzt werden, erhalten den Wahltag nicht.

Frage 3:
Müssen auch Tochterunternehmen der Landeshauptstadt (z.B. Stadtwerke München, Städtisches Klinikum München etc.) Mitarbeiter als ehrenamtliche Wahlhelfer melden? Falls ja, bekommen auch diese Arbeitnehmer den „Wahltag"? Gibt es irgendwelche Sonderregeln für die Tochterunternehmen und deren Arbeitnehmer?

Antwort:
Gemäß § 11 Bundeswahlgesetz ist jeder Wahlberechtigte zur Übernahme des Ehrenamtes als Wahlhelfer verpflichtet. Da die Bereitschaft unter den Wahlberechtigten, ein solches Wahlehrenamt freiwillig zu übernehmen, bedauerlicherweise immer mehr abnimmt, muss zumindest von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwartet werden, dass sie solche Ehrenämter in den zu bildenden Wahlvorständen übernehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und besondere Bereitschaft zur Übernahme von Wahlehrenämtern zeigen (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren vom 13.03.2009).

Die Klinikum München GmbH, die Stadtwerke München GmbH sowie die Stadtsparkasse müssen Mitarbeiter als ehrenamtliche Wahlhelfer melden. Dies ergibt sich z.B. aus dem Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt

mit den Stadtwerken. Eine Rückfrage bei den genannten Einrichtungen ergab, dass der Wahltag gewährt wird.

Frage 4:
Welche Kosten fallen für diese Art der „Rekrutierung" an? Verursachen freiwillige Wahlhelfer aus der Bevölkerung geringere Kosten?

Antwort:
Sowohl Dienstkräfte der Landeshauptstadt als auch freiwillige Wahlhelfer aus der Bevölkerung erhalten je nach Wahl bzw. Abstimmung zwischen 25 und 60 Euro. Für die Europawahl, die Bundestagswahl sowie für Volks- und Bürgerentscheide beträgt die Aufwandsentschädigung 25 Euro, für die Landtagswahl 45 Euro und für die Kommunalwahl 60 Euro. Die Staffelung erfolgt wegen des unterschiedlichen Aufwands hinsichtlich der Auszählung.

Die Kosten der Verwaltung für die „Rekrutierung" der städtischen Dienstkräfte sowie die Kosten, die für die ausgefallene Arbeitszeit anzusetzen sind, lassen sich nicht beziffern.
Der finanzielle Aufwand des Kreisverwaltungsreferates zur „Rekrutierung" freiwilliger Helferinnen und Helfer aus der Bevölkerung (Aushänge bei diversen Firmen wie z.B. Post, BMW, Siemens, Agentur für Arbeit, Aufrufe in der Rathaus Umschau als Multiplikator für die Presse, Werbung im Internet) hält sich durch niedrige Druckkosten in geringem Rahmen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 5. November 2009

Großbordell in Ramersdorf?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt und Hans Podiuk (CSU)

Mehr Gestaltungsfreiheit für städtische Marketingkampagnen und Öffentlichkeitsarbeit
Antrag Stadtrats-Mitglieder Sabine Nallinger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Videoüberwachung der Vorräume von öffentlichen Damentoiletten
Antrag Stadträtin Mechthild von Walter (ÖDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Hans Podiuk Beatrix Burkhardt

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Anfrage
05.11.09

Großbordell in Ramersdorf?

Ein Bürogebäude in Ramersdorf soll zu einem Großbordell umgebaut werden. Geplant sind 89 Zimmer auf sieben Etagen. Die im dortigen Gewerbegebiet ansässigen Betriebe und die Mehrheit des zuständigen Bezirksausschusses sehen diese Umnutzung sehr kritisch. Außerdem kollidiert dieses Vorhaben mit der Errichtung einer Kindertagesstätte in unmittelbarer Nachbarschaft.

Wir fragen deshalb:

1. Wie ist der Sachstand bei der Prüfung des Antrages durch das Planungsreferat?
2. Welche Kriterien werden untersucht?
3. Wird der Stadtrat mit der Angelegenheit befasst?

Hans Podiuk, Stadtrat Beatrix Burkhardt, Stadträtin

CSU-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 05. November 2009

Mehr Gestaltungsfreiheit für städtische Marketingkampagnen und Öffentlichkeitsarbeit

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gestaltungsrichtlinien für das visuelle Erscheinungsbild der städtischen Öffentlichkeitsarbeit zu aktualisieren und an neue Anforderungen anzupassen. Ziel soll es sein, bei der Konzeption von Marketingkampagnen und Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit mehr gestalterische Freiheiten zu ermöglichen. So soll für kommunale Inhalte und Anliegen nicht mehr nur nüchtern und sachlich, sondern auch mit Hilfe emotionaler Anreize geworben werden können. Dabei sollen alle Medien berücksichtigt werden, neben den klassischen Printmedien insbesondere auch Film, Internet und Radio.

Die Verwaltung wird gebeten, schnellstmöglich einen Beschluss zu den Gestaltungsrichtlinien herbei zu führen, damit sie bei den nächsten anstehenden Kampagnen zum Tragen kommt. Sollte dies in der Kürze der Zeit nicht möglich sein, sollen begründete Abweichungen vom derzeit geltenden Erscheinungsbild bis zur Beschlussfassung eines überarbeiteten Erscheinungsbilds ab sofort zugelassen werden. Im Zweifelsfall entscheiden die für den Inhalt verantwortlichen Fachreferate.

Begründung:
Es ist unbestritten, dass Marketingkampagnen und Veröffentlichungen der Stadt München ein (wieder-)erkennbares Erscheinungsbild haben sollen. Insbesondere das städtische Logo ist natürlich unveränderbar.
Grundlage für die städtische Öffentlichkeitsarbeit sind die Vorgaben „Visuelles Erscheinungsbild der LHM“ von 1998, z.B. zu Schriftart, Farbverwendung, Logoplatzierung, etc. Diese Vorgaben, die für die Referate und deren Auftragnehmer gelten, sind allerdings seit über zehn Jahren nicht aktualisiert worden und daher nicht mehr zeitgemäß. Zudem sind sie sehr eng gefasst und lassen wenig gestalterische Freiräume. So sind z.B. als Schrifttypen nur Arial oder die ähnliche Schrift Univers zugelassen, wobei bei letzterer erschwerend hinzukommt, dass sie Lizenz-pflichtig ist. Es wäre gut, mindestens eine zweite Schrift, die sich von Arial unterscheidet,

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene.rosaliste-fraktion@muenchen.de

anzubieten. Eine ähnliche Einschränkung für die Kreativität ergibt sich dadurch, dass nur vier Farben als vollflächige Hintergrundfarbe verwendet werden dürfen. Daher sollten diese Farben neu definiert werden und durch eine Auswahl dazu passender Farben ergänzt werden. Für Powerpoint-Folien oder Internetseiten fehlen handhabbare und stadtweite Vorgaben.

Gerade im Rahmen von Marketingkampagnen, die sich an sehr unterschiedliche Zielgruppen richten, bedarf es jedoch häufig gewisser Freiräume für kreative Ideen, Ausdrucksformen und Designs, die sich nicht immer auf zwei Schrifttypen und vier Farben reduzieren lassen. Denn bei den genannten Kommunikationsaktivitäten geht es nicht nur um die reine und nüchterne Informationsübermittlung, sondern es wird das Ziel verfolgt, städtische Themen erfolgreich zu verkaufen bzw. zu vermarkten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen insbesondere auf emotionaler Ebene angesprochen werden. So sind beispielsweise Kinder und Jugendliche kaum alleine mit Hilfe nüchterner und sachlicher Information zu erreichen. Aber auch Erwachsene treffen Entscheidungen bekanntermaßen zu etwa 70% aus emotionalen Gründen.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Sabine Nallinger	Dr. Florian Roth
Stadträtin	Stadtrat

Politik, die aufgeht. **ödp.**

ödp. Mechthild v. Walter, M.A., Klugstraße 38, 80638 München

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

5. November 2009

Antrag

Videoüberwachung der Vorräume von öffentlichen Damentoiletten

Die Landeshauptstadt München trägt dafür Sorge, dass die Vorräume der öffentlichen Damentoiletten per Video überwacht werden.

Begründung:

Immer wieder kommt es vor, dass Frauen in öffentlichen Damentoiletten angegriffen, beraubt oder vergewaltigt werden. Aus diesem Grund vermeiden viele Frauen nach Möglichkeit einen Besuch dieser Toiletten. Eine Videoüberwachung der Vorräume von öffentlichen Damentoiletten würde sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das subjektive Sicherheitsempfinden erheblich verbessern. Was für die Verkehrsüberwachung gang und gäbe ist, sollte auch im Interesse der Sicherheit von Frauen üblich werden.

Mechthild v. Walter
Stadträtin

Ökologisch-Demokratische Partei
im Münchner Rathaus
Mechthild v. Walter, M.A.,Stadträtin
Klugstraße 38, D-80638 München
Telefon 089-15 39 87, Fax15 12 63
mechthild.von-walter@muenchen.de
www.oedp-muenchen.de